

Geheint täglich
nachmittags mit Aufnahme der
Sonn- und Feiertage.

Monnatspreis
monatlich 50 s. 1/4 jährh. 1.50 s.
vierteljährh. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Anzeigenspiegel) durch
die Post nicht bezahlbar, kostet
monatlich 10 s., 1/4 jährh. 30 s.

Volkshlutt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißfels-Zeit,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volkshlutt Halle.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 157

Freitag den 9. Juli 1897.

8. Jahrg.

Was wird Herr von Stumm dazu sagen?

In allgemeinen, so schreibt die Verl. Volkshlutt, gerichtet in einem großen Teile des deutschen Publikums die Ansicht vor, daß es doch zu recht eigentlich nur die bösen Sozialdemokraten bezu. die ganz links stehenden Parteien sind, die den „richtigen“ Ton zu finden wissen im Kampfe der Arbeiter gegen die Großindustrie. Da ist es denn nicht uninteressant, auch einmal im entgegengekehrten Lager auf einen Mann zu stoßen, der aus seinem Herzen seine Widerergabe macht und so hübsch von der Leber weg spricht in einem Ton, dem gegenüber der gewöhnliche Stül der sozialdemokratischen Presse sich wie matte Limonade ausnimmt. So lesen wir in einem sonst ganz harmlosen Wandertuch von Aug. Trinius: „Die Hagen in Wort und Bild“, Karlsruhe 1. 8., S. 10: „Erlaubt es sich wohl einer der ältesten Kulturländer im Deutschen Reich. Unter diesem gelegenen Himmelstrich offenbart schon in frühersten Tagen dieser Gauen der kostbaren Schatz seiner Erde. Seit einem Jahrhundert hat sich Erlaubt aber auch zu einem Anbauvielfachen ersten Ranges emporgeschoben. Nirgend in Deutschland laufen vielleicht so viele Räder, klappen so viele Webstühle, als in den Spinnereien und Webereien des Elsaß.“

Nach einem kurzen Wort des Bedauerns über den „häßlichen Vorgesand, den dies jetzt am Tage der Fabrikarbeiten dem Wassergaule selbst und seinen romantischen Tälern in den Augen des „ätherischen“ Menschen giebt, des Wanderers, der aus hämmender Waldesnacht und schwärzender Bergeshöhe gegen Abend hinstarrt“, fährt der Verfasser fort:

„Die ersten Anlagen dieser Art waren Gründungen selbstlicher Menschenfreunde, welche vor ein paar Menschenjahren damit eine Reihe betrauten, weitverbreiteter Waldgemeinden Unterhalt, Kultur und Bildung zugleich brachten. Das darf nie vergessen werden. Dann aber kam die Unternehmungslust. Die Spekulation auf Gewinn bemächtigte sich dieser. Der und das Holzgewinnmaterial des Berges nicht mehr langte, so zog man aus dem eigentlichen Waldland viel Tausende weißer Sklaven herüber, die nur, eingesperrt in Dunit und Läm, von morgens ein abends für das Trodneneiseln der Herren arbeiten mußten, die sich neben dem Haupterwerb, an qualmen- den und lauzenden Fabrik-Gewinn, die prächtigsten Schilffler hingelegt haben, durch deren verdorbene Barschütter man hienieden in ein Waldreich von Schönheit und Macht auf breitenwege Paläste aus Sandstein und Kalkmarmor gemeinsell auf rauhigen Büumen, um deren springende Wasserfälle sommerlange Mauern, Zierbänke und andere herrliche Baum- und Strauchgruppen bewundernde Däse wohnen.“

Wir möchten dieses Schlußwort des Herrn v. Stumm zur Verfügung stellen, durch welches er seine Ansicht ohne Zweifel dahin erweitert wird, daß bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit im Volk „gehört“ und „gewünscht“ wird, „Reid und Lustbeide“ geht und „geschürt“ wird nicht von sozialdemokratischen „Lautschreier“ in Volksversammlungen vor „unmündigen“ Handwerker, nicht vor von „unmündlichen“ Professoren in Akademien, vor eben zur Denkreife gelangten Schulbuben“, sondern daß auch „gutzugelante“ Leute nicht einmal Duld machen vor dem obersten Beamten des Reiches. Ist doch das Buch, von dem wir reden, seinem geringeren gewöhnlich, als — einer Durchlaucht dem Reichsfinanzler, Glöckner, Fürsten zu hohenlohe-Schillingfürst. Wird Herr v. Stumm nicht für die Seele des Fürsten zittern?

„Gnade!“

In Shakespeares König Richard II. steht die Mutter eines jungen hochgeborenen Hochverrats den König um Gnade für ihr Kind, ihren Liebsten an. Sie preist in begeisterten Worten dieses Verrecht der Krone, und in England wird die ergränzende Szene, um so mehr mit einer Art religiöser Andacht angehört, als sie mit der Begnadigung des jungen Anstand endet.

Die Krone hat das Recht der Begnadigung, und sie mag es haben, so lange die menschliche „Recht“spruchung menschlichen ... Reitermann ausgeht ist

Daß die Krone das Recht der Begnadigung hat, weiß ein jeder, der hier und da eine Zeitung zur Hand nimmt: Duellmörder, gewaltthätige Polizeibeamte, ja vornehme Wüstlinge, sie werden begnadigt. Dagegen haben wir nichts: es ist ein „Recht“ der Krone. Außerdem wissen wir ja, daß der Träger der Krone nur auf Befehlwortung seiner Räte, besonders der Herren Ersten und gewöhnlichen Staatsräthe begnadigt.

Da die Krone in solchen Fällen immer gut beraten ist, steht dahin; daß selbst unangenehmste „Königsreue“ Blätter hier und da begnadigt werden, ist eine bekannte Thatsache.

Wie die Begnadigung erfolgt, welche Mittel ein unglücklicher Gefangener hat, sein Gehirne zu die höchste Stelle zu bringen, weiß man nicht. Ganz unmissend ist man in dem Punkte freilich nicht: der Prozeß Wahl vor dem Reichsgericht hebt einen Apfel des verurteilenden Schleiers.

Wer ist Wahl? — ein „Vertrauensredner“ in Hannover, eine Art Winkelintendant, der sich rühmt, Begnadigungsgelände zu seiner für die Betreffenden wie für ihn selbst sehr

erfolgreichen Spezialität gemacht zu haben. Am 26. März hatte er vor dem Landgericht in Silbesheim unter der Anklage des Betruges geklagt, war aber freigesprochen worden; er hatte also nicht gelogen, als er behauptete, er habe Beziehungen zum Geheimen Zivilkabinett des Kaisers und zu dem Justizministerium und könne Vergünstigungen herbeiführen.

Bei Aueburg wohnen nämlich in einem Dorfe zwei Brüder, Hofbesitzer Diers, mit ihrem Vater, dem Wäfler. Alle drei waren wegen Körperverletzung zu längerem Gefängnis verurteilt. Sie wandten sich an Wahl, und wurden aus der Haft beurlaubt. Wahl hielt eine Vergünstigung für unmöglich, dagegen glaubte er, einen weiteren Urlaub erlangen zu können. Für seine Bemühung erhielt er auf seinen Wunsch von jedem der Brüder 500 M. vom Alten 250, zusammen 1250 M.; außerdem hatte jeder Bruder für jeden Monat Strafe, der ihm erlassen, 100 M., der Alte 50 M. zu zahlen. So bezog Wahl weitere 700 M.; den Kaufboldeben scheinbar also im Gnadenwege etwa drei Monate ihrer Strafe erlassen worden zu sein.

Wie ist das möglich? Wahl hat in Berlin einen Geheimen Oberfinanzrat zum Bruder. Die Staatsanwaltschaft beantragte, die „Frelenzen“ Hoffmann und Luccius zu vernehmen; das Gericht ... aber den Antrag ab.

Schließlich sollte das Reichsgericht entscheiden. Und es hat entschieden: es verwarf die Revision des Staatsanwalts. Wahl ist endgiltig freigesprochen. „Weier Richter“, rief einst Schloch, als der Richter ihm recht gab.

Wahl ist also unschuldig, in seinem Rechte; für seine unübigen Drangsalierungen mußte er nach unferen Anschauungen vom Staate womöglich eine Entschädigung erhalten. Oder wird ihm kein schmerzhaftes Geschäft schadlos halten? Jedemfalls kommt der nicht in die Lage, seine Ränke an seinem eigenen Leibe versuchen zu müssen!

„Gnade!“ Wir wären froh, wir bräuchten keine! Wir könnten sie entbehren, wenn wir unser volles Recht hätten! Ein „volles, gerichtet und geschüttelt“ Maß, ein überlaufendes Maß“ von Gerechtigkeit im Sinne des Volksbewußtseins. Dann bräuchte Gerechtigkeit, der „Reineidige“, dann bräuchten unsere Preisrichter, und manche andere nicht hinter Kerkermauern aber die Kästel des Lebens nachzusehen. Dann bräuchte nicht gebeten, gebittet zu werden; dann bräuchte wir nicht „Almosen“ und „Christliche“ Liebe ... wir hätten eben unser Recht!

Tagegeschichte.

Wiquel und das Reichstagswahlrecht. Als noch eine Generalbevollmächtigung des Herrn v. Wiquel für die gelamte innere Politik in Preußen und im Reiche zugleich in Frage stand, oder vielmehr, nachdem diese Form des verstärkten Wiquelischen Einflusses bereits festgestellt war, um nachher wieder verlassen zu werden — zu dieser Zeit hat, wie die Berliner Abendpost zuverlässig überführt, Herr v. Wiquel auch Gelegenheit genommen, Anknüpfen über das Reichstagswahlrecht zu verlaubaren, Ansichten, die zu Absichten werden dürften in einem künftigen Reichsregierungsprogramm. Herr v. Wiquel ist kein Freund des geltenden Reichstagswahlrechts, richtet aber die Hauptkontrast seiner Anvisse nicht gegen das allgemeine, sondern gegen das gleiche Wahlrecht, welches er durch ein System der Abstufungen ersetzt sehen möchte.

Von Tausch. Mit dem Disziplinarverfahren gegen den ehrenwerten Kommissar v. Tausch ist es noch gute Weile. Vorläufig ist er verbannt auf Urlaub gegangen. Ob ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten ist, soll erst geprüft werden, wenn der Minister des Innern und der Polizeipräsident v. Windheim von Urlaub zurückgekehrt sein werden. Angesichts dieser sonderbaren und ohne Beispiel dastehenden Behandlung eines Beamten, dem die schwersten Disziplinarvergehen nachgewiesen worden sind, darf man es dem Volke nicht verübeln, wenn sich bei ihm die Ansicht festsetzt, daß Tausch in erster Linie seine Freisprechung dem verbannt, was er nicht gelang hat.

Eine neue Art Majestätsbeleidigung konstruiert die Kom. Korresp. Sie ärgert sich über die Zweifel, die die Oppositionsblätter in die Fähigkeit des Herrn v. Bobbiest legen und sagt:

„Solche Kräfte, zu denen doch hauptsächlich alle vollen Unterlagen fehlen, sind einfach widerständig, sie greifen insofern an Majestätsbeleidigung, als die Blätter, die sich dergleichen anmaßen die Urteilskraft des Majestäts des Kaisers anzuweisen.“

Das ist doch wohl zum Lachen. Ebenjo gut könnte man dann jede Kritik der Handlungen eines Ministers oder der Regierung zu einer Majestätsbeleidigung stampeln, denn die Berufung durch den Kaiser bleibt immer bestehen, gleichviel, ob man die Fähigkeit einwandfrei oder ihre Handlungen kritisiert. Ebenjo wäre jede Kritik an einer Gesetzesvorlage

oder an einem Gesetz Majestätsbeleidigung, denn beide haben die Genehmigung des Kaisers gefunden. Es ist getadelt zur Manie geworden, jede tabuläre Besprechung von etwas, was auch nur entfernt mit irgend einer Handlung des Kaisers in Zusammenhang gebracht werden kann, zu einer Majestätsbeleidigung zu stampeln. Das ist ein Geichwir in unferem öffentlichen Leben, das von einer engen moralisch-politischen Krankheit zeugt.

Au den Nationalliberalen herum zu wackeln lassen sich die konservativen Blätter jetzt anlegen sein. Sie hoffen, dadurch die zur Durchbringung des Vereinsgesetzes erforderliche Mehrheit noch zusammen zu bringen. So schreibt die Nordd. Allg. Ztg.:

„Wie wir erfahren, wird demnächst eine Kundgebung der reichlich-weißlichen Großindustrie zu gunsten der Annahme des Vereinsgesetzes durch das Abgeordnetenhaus nach den Beschlüssen des Herrenhauses an die Öffentlichkeit treten. Bis zum Tage der Abstimmung werden sich die Bemühungen, das nötige halbe Duzend Nationalliberalen zum Umfall zu bewegen, wiederholen und steigern. Ob sie fest stehen werden? Wer weiß! Wer möchte dafür trotz der hübsigsten Erklärungen der führenden Parteimitglieder und Parteiorane garantieren wollen? Die Nationalliberalen allein jetzt, was sie seit zwei Jahrzehnten getan haben. Aber eins ist sicher: Wenn sie auch diesmal das Rheuma in die Kniegelenke bekommen, wenn sie auch diesmal unanzugeln, dann ist die Partei weggewirrt und ausgelöscht für immer. Und die Wirkung des Gesetzes? Man wird mit seiner Hilfe die Sozialdemokratie penigen, aber man wird die Sozialdemokratie nicht bezwingen. Aus zu vielen stark prävalenten Quellen wird der Wannen der Sozialdemokratie gefüllt, als daß der Durell jemals versiegen könnte. Die stetige Kraft unserer Idee läßt sich durch Chicanen und Verdore nicht bezwingen.“

Heil ist den treuen Unterthanen von Lippe widerfahren. Die fürstliche, schredliche Zeit ist vorüber. Das Reichsgericht hat die Ansprüche des Grafen Ernst zu Lippe-Weisfeld auf den Thron als berechtigt anerkannt und die seines Nebenbuhlers zurückgewiesen. Die alten Lippeischen Unterthanen wissen nun wieder, wenn sie die Treue zum angestammelten Fürstenhause zu bewahren haben. Friede und Ruhe wird wieder in die Seelen der wackeren Philister einziehen.

Västerns Wahlregelung. Der Pastor Paulien in Hellewa hat zur Zentenarfeier auch einen Festgottesdienst abhalten müssen und hierbei gesagt, daß er nicht der blutigen, trierischen Thaten des Kaisers denken wolle; mancher sei heute im Deutschen Reiche, der das Gotteshaus betrete, der es sonst meiden; es lie besser, wenn er auch heute der heiligen Stelle fernbliebe. Daraufhin hatten nationalliberale Blätter gemeint, „daß dieses unerhörte Vorgehen des Geistlichen der scharfsten Abnugung hofentlich nicht entgegen werde.“ Die Anrechtlosen haben jetzt das Bewußtsein, daß ihre Demunziation Erfolg gehabt hat, denn nunmehr ist Pastor Paulien seines Postens als Lokalhauptmann von der Regierung entbunden worden.

Das war vor 100 Jahren. Aus dem letzten Lebensjahre Friedrich des Großen ist ein recht lehrreiches, von ihm ausgefertigtes Schriftstück erhalten geblieben. Dasselbe ist am 4. Mai 1788 an den Geheimen Rat von Taubenheim gerichtet, welcher dem König den Vorschlag gemacht hatte, die Gehaltsbezüge mehrerer Unterbeamten noch weiter herabzusetzen. Der König schrieb ihm:

„Ich danke dem Geheimen Rat von Taubenheim für seine gute Gesinnung und seinen ökonomischen Rat. Ich finde aber selbigen um so weniger acceptabel, da die armen Leute jener Klasse schon ohnehin zu kümmerlich leben müssen, da Lebensmittel und alles andere jetzt so teuer ist, und dieselben einer Verbesserung, als einen Abzug haben müssen. Ebenso will ich doch keinen Plan und die darinnen enthaltenen gute Gesinnung in formal acceptieren und jenen Vorschlag an Ihm selbst erst einmal probieren und zur Ausführung bringen, und Ihm dierelbst jährlich 1000 Thaler von seinem Traktament mit dem Vorbehalt abziehen, daß Er sich übers Jahr wieder melden und mir berichten kann, ob dieser Ent und Abzug seiner eigenen hässlichen Einrichtung vorteilhaft oder schädlich sei. Im anderen Falle will ich ihm von seinem Gehalt, aber ebenjo unbedenklichen Traktament von 4000 Thalern wiederum einen Abzug konstatieren und daselbe auf die Hälfte herunterlegen und bei dieser seiner Berührung und Befestigung Seine ökonomische und patriotische Gesinnung loben und auch bei Anderen, die sich die erhalt melden werden, diese Verfügung in Applikation bringen.“

Auch eine Freisprechung. Vor dem Militärbezirksgericht zu Würzburg hatten sich am Dienstag der Sergeant Elias Cangelier und der Unteroffizier Karl Babus des 5. Chev.-Reg. in Zweibrücken zu verantworten, weil sie am 20. März, nachdem auf sie in einer Wirtshaus von einigen



ken) mußte sich am vergangenen Sonntag mit Wasser begießen. Dem Kantinenwirt war vom Gendarm ausdrücklich jede Verabreichung von Spiritu und Brannt unteragt worden, obgleich die Konzeption auf ungesetzlichen Kaufstand während der Prozessdauer, und die Wichtigkeit dieser auch Sonntags unbenutzt betriebenen wurde.

*) Nachdem die parlamentarische „Schonheit“ für Verführer, die zugleich Reichsabgeordnete sind, mit dem kürzlich erfolgten Schluß der Session zu Ende gegangen, haben manche unserer Lesenden häufiger die Verhütung, die Schönmann zu thun. Es hatte Genosse Schmidt, Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“, dieser Tage Vernehmung wegen zweier gegen ihn anhängiger Klagen und in einigen Tagen ist er noch wegen sechs weiteren Klagen vernommen worden.

*) Der frühere Redakteur des „Pfeiler“ Victor Engels, Genosse Süßkind, war angeklagt, den Regierungsräthen von Schönmann verlesendliche Briefe zu haben. Die Vernehmung wurde ergriffen, daß der Regierungsräthen das Vergehen des Eismehner Arbeitervereins als eine „politische Veranlassung“ verboten hätte, weil die Kommunisten nicht mehr aus dem sozialdemokratischen Verein ausgetrieben worden. Der Schönmann beantragte 2 Monate Gefängnis, der Gerichtshof verurteilte die Urteilserfindung auf Sonnabend.

Verleumdungen.

— Unsere „Selbstverwaltung“. In Niederhasslau, einem kleinen Orte im Vogtland, war ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher gewählt worden. „Wohlbekannt“ verurteilte die Behörde die Wahl der „Selbstverwaltung“, und nicht ein mal, sondern mehrmals. Der Gemeindevorsteher Herrmann aus Oelsnitz war an Stelle des nichtbestätigten Gewählten gewählt, und — lebte ab. Was nun? Und die Wahlbehörden gehen von neuem los.

— Die Verhaftung des Genossen Süßkind wegen Meinungs wurde am Mannheim dieser Tage gemeldet. Die Sache hat dadurch ihre Gestaltung gefunden, daß Süßkind am Mittwoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Der Fall lag folgendermaßen: Vor einigen Wochen erschien in der Volksstimme ein Artikel, worin die Vorgänge bei einer Urteilsberatung des Mannheimer Gewerkegerichts geschildert wurden. Der Verdacht, diese Vorgänge dem Verfasser des Volksstimme-Artikels, als welcher sich Süßkind bekannt gemacht zu haben, lenkte sich auf die zwei von den Arbeitnehmern gewählten Gewerkegerichtsmitglieder. Gegen diese wurde eine Untersuchung wegen Amtsverletzung eingeleitet. In dieser Untersuchungssache sagte Süßkind auf keinen Fall aus, daß die Vorgänge ihm das Material zu dem Artikel, als welcher er hätte, mehrere Wochen lang beizubehalten, doch Süßkind, der sich nicht sein Material tatsächlich den betreffenden Gewerkegerichtsmitgliedern zu verhandeln habe. Darauf trat die Verhaftung ein. Die Grundlosigkeit der Behauptung ergibt sich aus der Wiederfreisetzung Süßkinds.

— Zur Vandantation. In Rosenheim (Südbayern) waren sozialdemokratische Arbeiter, die sich im Namen der Partei versammelten, um über die nächsten Reichstagswahlen zu beraten. Wie aus den Situationsberichten zu entnehmen war, jetzt hat selbst in den fast rein ländlichen Bezirken Oberbayerns ein sehr erfreulicher Fortschritt nicht nur in der Ausbreitung, sondern auch in der richtigen Erfassung der sozialistischen Ideen. In mehreren Bezirken haben sich Parteien gebildet, die der bairische Bauern- und Arbeiterbund unter Dr. Kieners Führung gerade in Oberbayern entsteht, liegt es in der Natur der Sache, daß die Erweiterung über die Stellung unserer Partei zur Bauernbewegung in Vordergrunde der Beratungen stand. In dieser Richtung ergaben sich im Laufe der Diskussion wesentlich folgende grundlegende Ansichten.

Die Lösung der ländlichen Bevölkerung von den reaktionären Parteien, ihre Auffassung über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustände und Triebkräfte, sowie ihre Gewinnung für sozialistische und demokratische Bestrebungen, ist vor allem in Bayern, eine ihrer wichtigsten Aufgaben der Partei und ihre Förderung mit allen Mitteln zu erstreben.

Der Sozialismus ist keine bloße Parteibühnen der Arbeiterklasse im engeren Sinne, sondern ein Ideal, die Befreiung aller Unterdrückten; er ist daher nicht ein Gegner, sondern der natürliche Feind aller Unterdrückten, der die kapitalistische Ausbeutung und die staatliche Unterdrückung.

Die arbeitshungrige Arbeiterbewegung und eine selbständige Bauernbewegung dürfen daher einander nicht entgegenarbeiten, sondern haben gegen die gemeinsamen Feinde zusammenzuwirken.

Die Bauernbewegung ist eine selbständige, die selbständigen Denkens und Handelns der Bauernschaft zu bezeugen, wenn letztere auch auf dem linken Gebiete der Politik nicht gleich über alle den rechten Weg finden können und vielfach der notwendigen Klarheit ermangeln.

Nach Inhalt und sehr anregender Debatte wurde einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: Unter voller Wahrung der Selbstständigkeit der Partei werden die oberbayerischen Genossen die Beziehungen des Bauernbundes in dessen Versammlungen unterstützen, soweit diese Beziehungen ihren Grundgedanken entsprechen, unparteiisch und vorurteillos prüfen und sich bei der Entscheidung der Beschlüsse zu unterstützen, soweit diese die Beziehungen der Bauern und Arbeiter Einfluß zu gewinnen können.

— Sozialistischer Parteitag für die Lombardier. Am Sonntag fand in Mailand der lombardische Parteitag statt. Die Verhandlungen geben ein Bild der Arbeiterverhältnisse und der Arbeiterbewegung hier zu Lande und sind daher von allgemeiner Interesse. Man kann erwarten, daß der Parteitag die Agitationskomitee schaffte Calabro den Bericht. Die Agitation war wegen Mangels an Geldmitteln eine bedäufliche.

Zur Arbeiterbewegung.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Streik der Wälder Holzarbeiter, steht in ein neues Stadium zu treten. Die angehängten Verhandlungen mit dem Reichsfabrikanten-Verein sind resultatlos verlaufen. Namentlich hat der Arbeiterverband die Anzeigenschaft in die Hand genommen. Die 9% hündige Arbeitszeit, die von uns gefordert und von der großen Mehrheit der Wälder Holzarbeiter bewilligt wurde, soll auf den Wäldernfabriken auf keinen Fall eingehalten werden. Umzumachen geben die Herren zu, nur die 7% und 8% hat sie ab, daß andere Verträge in unserm Beispiel folgen würden, jedoch der Streik für uns hierigeh verlassen sollte.

Alle arbeitshungrigen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Der Zentralverband der Dörfer haben sich nunmehr die Leiter von Berlin als geschlossen. Die Streitigkeiten zwischen der Reichsfabrikanten-Verein und dem Zentralverband der Dörfer, die auf die deutsche Arbeiterbewegung von unangenehm Einfluß waren, dürften durch diesen Beschluß als beiläufig angefallen sein.

Der Streik der 26 Zigarrenarbeiter der Neuenhain Fabrik in Weimar dauert fort. Unterhaltungen sind zu finden an Job Semmling, Briesitz, 3.

Der in Hamburg bestehende Verband der Eisenarbeiter Deutschlands lehnte die Gründung eines neuen eigenen Verbandes ab und behielt die Selbsthaltung des vom Vorigen herausgegangenen, in vierjährlicher Erscheinender „Reichsverbandes“.

Die am 1. d. M. noch in Hannover abgehaltenen Diamantfleischer-Verbands- und Diamantarbeiter ausgenommen ein Verbandsmitglied, welches die Verhandlungen forcierte die vollständige Wiedereinstellung des Status quo (d. h. 10 Stunden pro Tag), das ist abgelehnt von den Lohnern die Befähigung seines Rechts, über die Annahme von Bedingungen seinerzeit absolute Zustimmung zu treffen. Die Arbeiter erklärten sich außer Stande, diese Bestimmungen anzunehmen, zu der ferneren diesbezügliche Entscheidung, die mit dem 1. d. M. mit dem 1. d. M. die Mitglieder des Verbandes nicht arbeiten zu wollen erklärten.

Die Schmutzgerichte des Nürnberg sind bei einer Anzahl von Anzeigen in dem Streik eingetreten. Die Werkstätten hatten die getroffenen Vereinbarungen nicht mehr eingehalten und den erst gemeinschaftlich gefaßten Arbeitsnachweis gegenüber den organisierten Geschäften aufgegeben.

Aus dem Ausland.

Belgien. Ein Streik fünfjähriger Bergarbeiter scheint in Aussicht zu stehen. In einem ausgedehnten Bergarbeiterstreik nimmt eine sehr ernste Wendung, denn es ist zu befürchten, daß ein Gesamtaustritt aller belgischen Bergarbeiter in allen vier Provinzen des Landes in Klütlich, Charleroi, Mittelbeden und Mons ausbricht. Gestern fanden im Beden Mons vier von belgischen Arbeitern beauftragte Verhandlungen statt, die die Durchschiebung des Ausstehens beschloß wurde. Im Auftrag sprach der sozialistische Bürgermeister Bepin und fünfjährige die Hilfe der kooperativen Genossenschaft für die Ausständigen, in Jemappes trat der sozialistische Abgeordnete Brenes für den Ausstehen ein, in Frameries war der Sozialistführer Marotte der Hauptredner und in Bois de Conjux sprach der Direktor der kooperativen Genossenschaft Denbal. Dieser erklärte, daß alle Bergarbeiter Belgiens die Arbeitsordnung angenommen und sich bei 10000 Fr. Strafe verpflichtet haben, sie anzuschließen. Es wurde angesetzt, in welchem der vier Kohlenbeden die Arbeitsordnung zuerst durchgehoben sollte. Das Los fiel auf das Beden Mons. Der sozialistische Beauftragte bestätigte heute alle diese Angaben und fügt an, daß die Bergarbeiter des ganzen Landes wie ein Mann sich gegen die Ansprüche der Bechen erheben werden. Wegen des Ausstehens der Bergarbeiter in der Provinz Antwerpen wurde ein Streik ausgerufen.

Italien. Der Streik der Erntearbeiter bei Arezzo ist beendet, da sich die Grundbesitzer in die Forderungen der Arbeiter fügten.

Spanien. Über 5000 Bergarbeiter sind in Bilbao in den Ausstehen getreten. Es ist kein Lohnkampf oder das Verlangen nach Verkürzung der Arbeitszeit, was die Arbeiter zum Streik getrieben hat, sondern die Forderung der von ihnen gewählten Stadträte. Bei den letzten Stadtratswahlen wurden in Bilbao drei Sozialisten gewählt. Die Provinzialregierung bestätigte die Wahlen; aber eine königliche Order erklärte sie für nichtig — eine Partei, an die man in Spanien — zu sehr gewohnt ist. Man erwartete eine Aufhebung der Wahl, aber die Bevölkerung Bilbaos und die gesamte spanische Presse auf Seiten der Arbeiter lief.

Rußland. Die Arbeiterbewegung in Finnland ist in gutem Fortschritt begriffen. Eine ganze Reihe Arbeitervereinigungen sind in letzter Zeit durch die Organisationen erreicht und erreicht worden. So erwidert die Arbeiter in also den Festhaltungstag und die Arbeiterorganisation. In Trammerfors war ein 70 Arbeiter umfassender Streik der Lederarbeiter zu verzeichnen, der 14 Tage dauerte. Er bezweckte hauptsächlich die Beteiligung eines Direktors, der die Arbeiter in schlimmer Weise brutalisierte. Der Streik endigte mit dem völligen Siege der Arbeiter. Der Direktor wurde entlassen. Die Arbeiter bildeten nach beendeter Zeit einen Arbeiterorganisation, da sie noch nicht organisiert waren. Zur Zeit schwebt ein großer Schmutzstreik.

Schweden. Der große Streik der Metallarbeiter in Malmberg ist beendet. Dieser Streik, der von nicht organisierten Arbeitern begonnen wurde und dem erst später die Organisation beitrug, dauerte mehrere Monate und umfaßte viele hundert Arbeiter. Wenn das große Malmberg-Streik nicht beendet worden wäre, hätte die Arbeiter in einer Kommission zu verhandeln, dann verhandeln die Arbeiter in erster Reihe den Unterhaltungen, die ihnen von auswärts zugehen, da sie selbst nicht genützt waren, und dem Umstände, daß das Malmberg-Werk wegen der dortigen starken Wohnbevölkerung anders Arbeiter überhaupt nicht bekommt. Selbst von den bisherigen sind während des Streiks viele abgereist.

England. Nachdem in London die Arbeitgeber 25 Prozent der Metallarbeiter entlassen, hat der Metallarbeiter-Bund beschlossen, auch alle übrigen Metallarbeiter für ausständig zu erklären.

Lokales und Provinzielles.

Falle a. Z., 8. Juli 1897.

* Die feinste Blüte der Unternehmer-Humanität. Vor einigen Tagen haben die Arbeiter der Halleischen Maschinenfabrik ihre „Dividende“ ausgehändigt erhalten in Beträgen zwischen 26 und 160 M. Da nicht nur die bürgerlichen Blätter diese sogenannte „Gewinnbeteiligung der Arbeiter“ als die feinste Blüte der Unternehmer-Humanität hinstellen, sondern da selbst viele Arbeiter, wie leider zu sagen werden muß, noch nicht das schäbliche Wesen dieser die Augen blendenden Einrichtigung klar erkannt haben, so erscheint es notwendig, sie zu besprechen. Was ist's also mit der Dividenden-Beteiligung der Arbeiter? Wir wollen das Urteil gleich vorwegnehmen: Es ist der blutigste Schwindel, der raffinierteste Trick des Unternehmertums, unter dem Deckmantel der Humanität die raffinierteste Ausbeutung und die vollständige Verelendung und Verfallung der Arbeiter bereiten zu können. Alle anderen „humanen“ Veranstaltungen des Unternehmertums — mag man die Errichtung von Volkskassen annehmen oder die Erhaltung von Arbeiterhäusern, die Züngels-Spremlagen oder die Fabrikantinnen, die Fabrikisten oder sonst eine der vielen „gemeinnützigen“ Einrichtungen — keine einzige von ihnen vereinigt in sich so vollkommen, so meisterhaft, so raffiniert geschickt alle Momente der auf die Verfallung der Arbeiter abzielenden Bestrebungen, wie die „Gewinnbeteiligung der Arbeiter!“ Wie arbeitshungrig, wie entgegenkommend, wie human, wie gerecht das klingt: „Gewinnbeteiligung der Arbeiter!“ Und wie fuchselig, wie hinterlistig ist das Ding nur, zumal in der Praxis, die für die Halleische Maschinenfabrik ausgehändigt worden ist.

Die Arbeiter erhalten nämlich in verschiedenen Abteilungen so viel mal 1/3 Mark, als die Aktionäre Prozent Dividende erhalten. Da für das vorige Geschäftsjahr, das mit Ende März abschloß, den Aktionären 40 Prozent Dividende ausbezahlt worden sind, beträgt der Einheitsfuß der „Gewinnbeteiligung der Arbeiter“ 40 mal 1/3 = 53/3 M. Aber nur bis zum Jahre in der Praxis hätte gemeint, es, erhält sie bis zum vorigen Jahre, die Hälfte dieses Einheitsfußes, 26 2/3 M., was ein bis zwei Jahre da war, erhält den vollen Einheitsfuß, bei 53 bis dreijähriger Tätigkeit gibt es den doppelten Einheitsfuß und bei über dreijähriger Arbeit den dreifachen. Schon diese Steigerung der Prämien beweist aufs Harste, worauf es ankommt. Man will den Arbeiter an die Fabrik fesseln; man will in ihm das Bewußtsein, daß er überall eine Arbeitskraft ansetzen kann, wenn es ihm an einer Stelle nicht mehr behagt, er töten. Und mit der Erbitung dieses Bewußtseins bricht man ihm das proletarische Rückrad. Alles andere kommt dann von selbst. Fühlt sich der Arbeiter erst einmal dem Unternehmer verpflichtet, fühlt er sich nicht an ihn gefest, so muß er willig alle andere in den Kauf nehmen, was ihm geboten wird, die aufwendende Unterfertigung, die verwilderte und verwilderte Akfordarbeit, das Berot, sich off und frei an den proletarischen Bestrebungen zu beteiligen, die brutalen Sitten der kleinen Vergehungen gegen die Fabrikordnung,

die gar nicht selten brutale Behandlung durch einzelne Meister, die ganz beträchtlichen Lohnstrafen bei neuen Akforden; er muß sich dem einfach schimpflichen Brang des Arbeitsnachweises des Industriellen-Verbandes beugen; kurzum: ist ein Arbeiter erst einmal längere Zeit in einer Dividendenbeteiligung beschäftigt, dann giebt es für ihn in leicht kein Fortkommen mehr. Die Neueingetretenen bleiben da, weil sie in den nächsten Jahren die doppelte und dreifache Dividende zu erwarten haben, d. h. wenn sie nicht hinausgeworfen werden, und die Alten bleiben da, weil sie nicht ihre 100 oder 160 M. einbüßen wollen. Sie empfinden zwar das Drückende ihrer Lage, sie müssen zwar, daß die „Gewinnbeteiligung“ nichts weiter ist, als ein Honigkuchen, der inmerlich das Gift des Stabentums birgt, aber sie können nichts mehr dagegen thun; sie sind vollständig eingekauft. Dabei erhält sich der Unternehmer natürlich vollständig freie Hand. Er kann jederzeit den Arbeiter entlassen.

Aber wird wir nicht eracht? Sehen wir nicht viel-leidig zu schwarz? Lagt uns die Sache unterliegen! — Warum ist die Höhe des Gewinnanteils nach dem Arbeitsalter bestimmt und nicht — was doch viel natürlicher wäre, entweder nach dem Alter der Arbeiter oder nach Güte und Menge der geleisteten Arbeit? Wird denn nicht gerade in der Halleischen Maschinenfabrik das Evangelium von der alleinigmachtenden Akfordarbeit gepredigt? Der Fleißige müsse mehr verdienen als der „faule“, der Läßtliche mehr als der Unthätige, brist es. Warum gießt man da nicht auch dem Fleißigen und dem Thätigen mehr Dividendenbrände in den Rauf als dem „faulen“ und „Unthätigen“? Nun, die Lösung ist sehr einfach: Eben weil der „Gewinnanteil“ lediglich zur Erreichung der oben angegebenen Zwecke bestimmt ist. Die „Gewinnbeteiligung“ der Arbeiter sollte seine Erfüllung, die Lösung der Arbeiter heißen. Das Unternehmertum hat es jederzeit verstanden, für eine schlechte Sache eine anmutige Bezeichnung zu erfinden.

Und wieder davon ist denn würdiger Gewinn? Der in den anderen Städten jetzt übliche Gewinnanteil für gelehrte Metallarbeiter beträgt 45 bis 50 Pf und mehr. Niedrigere Löhne kommen in größeren Städten und in den sogenannten leistungreichen Branchen nicht häufig vor. Dabei arbeiten die Leute ruhig ihre Stunden ab und bringen sich nicht durch Überarbeit und durch den Treibenakford sehr bis zwanzig Jahre vorzeitig in das Grab. Es mag nun einmal nachgedrängt werden, auf wie hoch sich der Stundenlohn in der Halleischen Maschinenfabrik stellt. Bei allen durch Akford erzielten Löhnen muß ein entsprechender Prozentsatz abgezogen werden, etwa 20 Proz., wie das üblich ist, es man in die verbleibende Summe mit der geleisteten Stundenzahl dividiert, um die Höhe des Stundenlohnes zu erfahren. Wir meinen, bei sehr vielen Arbeitern und Arbeitern stellt sich dann ein wesentlich geringerer Stundenlohn heraus, als oben angegeben wurde. Als Beispiel für die stille Lohnhöckererei wird uns angegeben, daß noch vor einigen Jahren in der Halleischen Maschinenfabrik für eine Bleueinstange 34 M. gezahlt worden sind, während jetzt der Preis auf 28 M. steht. Wir wissen darüber nichts Näheres, aber es würde ja nicht schwer sein, eine verzelebende Tabelle aller Preise von früher und jetzt zusammenzustellen. Worin besteht also in Wirklichkeit die „Gewinnbeteiligung“? Darin, daß man fortwährend den Arbeitern einen Teil ihres Lohnes vorenthält und es ihnen dann nach Jahresfrist auf der Humanitätsplatte serviert als Geschenk darbietet. Sind in die Tagen, weiter nichts! Und diese Komodie müssen die Arbeiter mit ihrer proletarischen Unabhängigkeit befehlen und mit ihrer Bewegungsfreiheit. Sollte das nicht ein sehr schlechter Handel sein? Dem Unternehmertum kann man es nicht verdenken, wenn es sich auf so wohlfeile Weise mit dem Goldflutergewande der arbeitshungrigen Humanität befehlen kann. Dem Arbeiter steht es jedoch zu, Zweck und Weisen der „Gewinnbeteiligung“ zu erkennen und nicht in die Lobeserhebungen derer einzulassen, denen es darauf ankommt, den Arbeiter mit einem wellenförmigen Stattenpiel zu überzählen.

* Einen fremdenben Aufsatz erlaubt das Organ des Verbandes heutiger Buchdrucker, der Correspondent. In einem an die Verbandsmitglieder gerichteten Aufruf wird von den Anhängern der Opposition verlangt, sie sollten sich der Disziplin unterordnen und sich von Bestrebungen lösen, die nur dahin führen können, uns zu verzerren und ein planvolles Wirken unmöglich zu machen. Nachmal bieten wir die Hand und erwarten, daß unser Appell bei jedem Kollegen, der sich seiner Pflicht als Arbeiter bewußt ist, Gehör findet. — Für diejenigen Kollegen, welche glauben, ihre zugehörige Tätigkeit zum Schaden des Verbandes fortsetzen zu sollen, kann für die Zukunft kein Raum in unserer Vereinigung sein. Wer's mit den Prinzipien zu vereinigen vermag, die Göttinger Bekämpfungsbekämpfungen zu unterstützen, möge sich diesem „Volksblatt“ ganz widmen, der Verband kann nicht mit Witschblättern rechnen, die seinen Interessen absichtlich entgegenhandeln.

Quartal kann ein beliebiger Unternehmer auch nicht einen Lohndeserlassen, daß den Arbeitern vorleben ist, sich an den sozialdemokratischen „Reichsverbanden“ zu beteiligen. In royalter Weise haben auch die Arbeitervereine die der sozialdemokratischen Stimmung verdächtigen Kameraden unter Beobachtung der Jahresrechnung geachtete Mitgliederbeiträge nicht hinausgeworfen, als es hier durch eine Gemeinchaft geschah, die nicht müde war, zu verzeichnen, sie strebe auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Der Aufsatz wird mit Recht die allerschärfste Verurteilung leitens der anderen Werkschiffen finden, und wollen die Buchdrucker der Aufforderung Folge leisten und die oppositionellen Kollegen aus dem Verbande weisen, wie es schon geschah, ist dann wird das M. Birauen der übrigen Arbeiter-schaft neu und realische Richtung erhalten. Es ist einfach eine harte, wann Mitglieder einer modernen Werkschiff um bewußten ihre durch Steuern erzwungenen Rechte verlieren sollen, weil sie in einer taktischen Frage, nämlich in Fragen der Tarifgemeinschaft, anders denken als die gegenwärtige Verbandsleitung. Wandel ist leitens der Opposition seit dem halleischen Buchdrucker im vorigen Sommer geschah, was auch von den ersten Gegnern der Tarif-

